

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsamt: Riesner Tagesblatt, Dresden Nr. 20.

Postfachamt: Leipzig 21908, Straßstraße Nr. 23.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 210.

Donnerstag, 11. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.50 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Spalten) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag versfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wierzechnische Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Molkeneiweißpreise.

Vom 15. September 1919 an gelten für Molkeneiweiß mit einem Wassergehalt von höchstens 68 v. H. folgende Festpreise:

- a) für unvorbereitetes Molkeneiweiß 107 M.
- b) für gewässertes Molkeneiweiß . . . 135 .

Die Kommunalverbände haben, soweit Molkeneiweiß in ihrem Bezirke zum Verkauf gelangt, Höchst- oder Richtpreise für den Kleinhandel und nötigenfalls auch für den Großhandel mit Molkeneiweiß festzusetzen und bekanntzumachen.

Dresden, den 9. September 1919.

2293 V LA V
9903

Ministerium.

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel in der Stadt Riesa.

Wir haben in letzter Zeit mehrfach die Wahrnehmung machen müssen, daß uns die in unserer Bekanntmachung vom 2. Juni 1919, Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel in der Stadt Riesa betr. — abgedruckt in Nr. 124 des Riesner Tagesblattes vom 2. Juni 1919 — geforderte Anzeige über das Freiwerden einer Wohnung nicht oder nicht rechtzeitig erstattet worden ist.

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß eine Unterlassung der Anzeige mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bedroht ist. Hierbei weisen wir nochmals besonders darauf hin, daß uns nach der vom Ministerium erteilten Verfügung ein Vormietungsrecht für alle freiwerdenden Wohnungen

aufsteht. Eine Neuvermietung ohne die Genehmigung des unterzeichneten Rates ist dabei unzulässig. Für jede freiwerdende Wohnung wird dem Verfügungsberechtigten ein neuer Mieter durch den unterzeichneten Rat zugewiesen werden.

Gleichzeitig warnen wir nochmals auf Grund der uns erteilten Ermächtigung vor dem Zuzug nach Riesa.

Der Rat der Stadt Riesa, am 10. September 1919.

Som.

Diejenigen Besteller, die bis zum 13. August dieses Jahres im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4, ungebrauchte Decken bestellt haben und deren Abholung am vergangenen Sonnabend nicht erfolgt ist, werden aufgefordert, die bestellten Decken am Freitag, den 12. dieses Monats, nachmittags von 1/3—1/4 Uhr in Zimmer Nr. 60 der Zentralschule Gröba abholen zu lassen.

Gröba (Elbe), am 10. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

Montag, den 15. September, abends 8 Uhr findet im Gasthof Waltherr die öffentliche Verpachtung der Gemeindefeldgrundstücke statt. Die Verpachtung erfolgt auf 6 Jahre.

Wetha, am 11. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

Offene Hebammenstelle.

Für den Gebarmensbezirk Jabnishausen wird für sofort eine tüchtige und zuverlässige, in noch nicht zu vorgerücktem Alter stehende Hebamme gesucht. Schriftliche Gesuche und Zeugnisabschriften sind bis zum 25. September 1919 hier einzureichen.

Der Gemeindevorstand.

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Die Antwort der Entente. Den Pariser Blättern wird gemeldet, daß der Oberste Rat, der die deutsche Antwort auf die Forderungen der Entente nach Beseitigung des Art. 61 der deutschen Verfassung als ungenügend erachtete, beschlossen habe, die Beseitigung des Artikels neuerdings zu verlangen. Eine in diesem Sinne gehaltene Note sei am Dienstag abgesetzt worden. Der Hauptmann Laperche, Kommandant der Militärabteilung zur Ueberwachung des Hotels des Reichswehr, wurde am Dienstag nachmittag in das Ministerium des Reichswehrs berufen zur Entgegennahme der Note an Herrn von Versier, welche die Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Vereinigung Österreichs mit Deutschland darstellt.

Deutsche Offiziere im lettischen Meer. Nach einer Meldung aus Riga reichte eine Reihe deutscher Offiziere und Mannschaften der lettischen Regierung Gesuche um Aufnahme in das lettische Heer ein. Es handelt sich hauptsächlich um technische Truppen, die gegen die Bolschewiken kämpfen wollten, ohne besondere Privilegien zu beanspruchen. In den nächsten Tagen fanden über diese Frage Verhandlungen mit der Regierung in Riga statt.

Eine deutsche Note zur polnischen Frage. In Verlaufe gestern eine Note überreicht worden, in der es heißt: Mit lebhafter Sorge verfolgt die deutsche Regierung die von unverantwortlicher polnischer Seite aus Anlass der oberösterreichischen Vorgänge gegen Deutschland seit nunmehr 14 Tagen mit unermüdlicher Strenge in Wort und Schrift betriebene Orde. Sowohl maßlose Artikel und Auftritte in der Presse, wie die in zahlreichen Volksversammlungen an allen größeren Orten Volens gehaltenen Reden über die Ereignisse und Verhältnisse in Oberschlesien sind geeignet, die breiten Massen des polnischen Volkes in eine gefährliche Erregung zu versetzen und sie zu Gewalttaten anzureizen. Unerschüttert wird bewohntes Gutsvermögen, also der Krieg, gefordert und zur Bildung von Freischaren aufgerufen. Die deutsche Regierung glaubt, der Zustimmung der polnischen Regierung sowie der übrigen alliierten und assoziierten Regierungen sicher zu sein, wenn sie es als erste Pflicht der polnischen Regierung bezeichnet, diesem Treiben entgegenzutreten und mit allen Kräften auf eine Verübung der öffentlichen Meinung in ihrem Lande hinzuwirken. Es wäre dringend erforderlich, daß die polnischen Streitkräfte für eine rasche Absperrung der Grenze gegen den Uebertritt der Wanden sorgen und daß sie verhindern, daß sich diese Wanden mit Waffen und Munition versehen.

Vorschuhzahlung an die Beamten in Preußen. Die preussische Regierung hat sich, wie von zuständiger Seite verlautet, veranlaßt gesehen, den zahlreichen in letzter Zeit an sie gerichteten dringenden Bitten und Anfragen auf Gewährung einer Vorschuhzahlung auf das nächstfällige werdende Gehalt der Beamten stattzugeben. Dementsprechend sind die einzelnen Behörden von dem übergeordneten Ministerium ermächtigt worden, auf Antrag den planmäßigen Beamten auf die am 1. Oktober ds. J. fälligen Dienstbezüge einen Vorschuh in Höhe eines Monatsbetrages mindestens über 500 Mark und den außerplanmäßigen Beamten und Angestellten höherer Ordnung die am 1. Oktober oder 30. September fälligen Dienstbezüge schon jetzt zu zahlen.

Eine neue Schrift Ludendorffs. Wie die Berl. Börsenzeitung mitteilt, läßt General Ludendorff (ebenfalls bei Mittler u. Sohn eine Erwiderung auf die Darstellungen erscheinen, die das kürzlich veröffentlichte Weisbuch der Regierung und sodann der Staatssekretär v. Hönke in einer dieser Tage in der Frankfurter Zeitung veröffentlichten Denkschrift über die Vorgeschichte des deutschen Waffenstillstandsangebotes gegeben haben. Ludendorff gibt u. a. eine bisher unveröffentlichte Vereinbarung zwischen der Reichsleitung und der Obersten Delegation von Anfang 1918 bekannt, in der es heißt: Die Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Sie bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit sie die militärischen Interessen berühren. Der Umfang dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten in engerem Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrs, des Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegführung in Zusammen-

hang stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelangt das nicht, so ist die Entscheidung des Kaisers einzuholen. Die erhaltene Entscheidung übersteht die militärischen Stellen in allen Fällen jeder Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die fallerliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm staatsrechtlich obliegende Konsequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt. Zum Schluss der neuen Ludendorffschen Schrift werden die seit 14. August betriebenen Schritte zur Herbeiführung einer neutralen Vermittlung geschildert und bemerkt, seit dem 10. September habe die Oberste Exekutive darauf gewartet, daß irgend etwas geschehe. Was sei dem Generalfeldmarschall und Ludendorff bei dem feilschen Niedergang der Heimat, der dadurch erzeugten Spannung an der Westfront und dem Ende September erfolgenden militärischen Zusammenbruch Bulgariens zu tun übrig geblieben?

Erregte Stimmung in Blogau. — Wieder 10 Tote! Wie in Breslau und Schweidnitz, suchte auch in Blogau eine Menschenmenge eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Die Absicht gelang ohne Mißlingen, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhielt und zu Straßenansammlungen in der Langenstraße führte, als dort in einem Geschäft ein Ausbruch eines Veralles zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen ausländischer Waren durchführte. Die Ansammlungen wurden später immer härter, blieben zwar zurückhaltend, konnten aber nicht zum Auseinandergehen bewegen werden. In der 9. Abendstunde wurde Militär herbeigerufen, das in der Langenstraße, als die Menge den Soldaten die Gewehre entziehen wollte, das Feuer eröffnete. Fünf Personen wurden getötet. Sämtliche Straßenzweigungen sind mit Maschinengewehren abbesperrt. Die Nacht verlief ruhig. Die Erregung ist aber groß. — Eine weitere Meldung besagt: Zu den Unruhen in Blogau ist noch zu melden: Es ist festgestellt, daß bis jetzt 10 Tote und 11 Verletzte als Opfer zu beklagen sind. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist noch nicht erfolgt. Die Arbeiterchaft hat beschlossen, von dem bestragten Sympatiedienst abzusehen.

Der Ertrag der Vermögensabgabe. Nach einer amtlichen Berechnung wird die Erhebung des Reichsnotopfers durchschnittlich jährlich 2,5 bis 3 Milliarden Mark ergeben.

Von der Reichskonferenz der unabhängigen Sozialdemokraten. In der vorgelagerten Nachmittagsitzung der Reichskonferenz der unabhängigen Sozialdemokraten führte Hugo Haase laut „Freiheit“ über die politische Lage aus: Die Regierung, die sich nur mit Hilfe des Belagerungszustandes an der Macht erhalte, behauptet zwar, die vollendetste Demokratie darzustellen. Sie sei aber nur eine verkappte Diktatur der herrschenden Klasse. Im Proletariat sei eine gewisse Gleichgültigkeit eingetreten. Die Kommunisten hätten richtig ein Abflauen der revolutionären Stimmung erkannt. Die wirtschaftliche Not könne zwar zu einer verstärkten Revolutionsphase führen. Man müsse aber auch mit einer längeren Dauer des Kleinstandes der revolutionären Bewegung rechnen. Dabei dürfe die Partei die parlamentarische Wirksamkeit nicht aus der Hand geben und die Wahlen keineswegs boykottieren. Solange die jetzige Gesellschaft bestehe, müsse man durch Mitarbeit im Parlament dem Proletariat möglichst günstige Kampfbedingungen zu schaffen suchen. Was die Beteiligung an der Regierung betreffe, so sei für die Partei auf dem Boden der jetzigen Verfassung an eine Mitarbeit in der Reichsregierung nicht zu denken. Einer möglichen Aufforderung der Rechtssozialisten zur Beteiligung an der Regierung gegenüber könne es sich unter Umständen empfehlen, ihnen Bedingungen zu stellen, d. h. ihnen das volle Parteiprogramm zur Annahme zu unterbreiten. Das sei aber nur eine Forderung, da die Ablehnung von vornherein feststehe. Die Aufgabe der Partei müsse es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken und die Lage im Interesse des revolutionären Zieles anzukämpfen.

Deutsch-Österreich.

Die Unterzeichnung in St. Germain. Staatskanzler Renner unterzeichnete den Friedensvertrag um 10 Uhr 15 Minuten vormittags. Die rumänische und die südslawische Delegation war bei der Unterzeichnung nicht anwesend. Die Unterzeichnung war um 11 Uhr 10 Minuten beendet. Die rumänischen und südslawischen Bevollmächtigten erwar-

ten Instruktionen ihrer Regierungen. Der Oberste Rat ließ ihnen bis Sonnabend Zeit, ihre Absichten mitzuteilen. Die Unterzeichnung vollzog sich nach dem gleichen Zeremoniell, das bei der Unterzeichnung des deutschen Vertrages angewandt worden war. Etwa 300 Personen waren anwesend, darunter 73 Friedensdelegierte und 50 Pressevertreter. Clemenceau führte den Vorsitz.

Rumänien.

Die rumänische Antwort an die Entente. Nach dem Pariser „Petit Journal“ wird die rumänische Gesandtschaft heute dem Obersten Rat eine Note überreichen, in der Rumänien die Gründe anführt, weshalb es den Vertrag mit Österreich nicht unterzeichnen kann. Wie es heißt, besteht die Weigerung im wesentlichen auf das Vorhandensein der Klausel bezüglich der völkischen Minderheiten.

Rußland.

Ein riesiger Brand in Archangelsk. Den englischen Blättern vom 8. d. Mts. zufolge hat ein riesiger Brand in Archangelsk zahlreiche Sägmühlwerke zerstört. Der Schaden beträgt 6 Millionen englische Pfund. Wie verlautet, haben bolschewistische Gefangene, die in das russische Freiwilligenheer eingereicht worden waren, den Brand angelegt.

Eine Vergewaltigung britischer Menschenleben. Der Führer eines englischen Bataillons an der nordrussischen Front, ein aus dem britischen Kolonialkrieg und südafrikanischen Kämpfen bekannter Offizier, Oberleutnant Sherwood Kelly, hat in vollem Bewußtsein des Dienstvergehens, das er sich zu Schulden kommen ließ, in einem offenen Brief an den „Daily Express“ erklärt, er sei zur Ueberzeugung gelangt, daß die britischen Ersatztruppen nicht zu Angriffszwecken, sondern in Ausführung eines vielseitigen Planes zu anderen Zwecken in großem Stile verwendet würden. Der Kampf in Nordrussland sei eine Vergewaltigung britischer Menschenleben und britischer Geldes und diene nur zur Unterstützung eines wertlosen Heeres und der von den Alliierten in Archangelsk eingeleiteten Marionettenregierung. Auf dieses Schreiben ist eine Antwort einer hohen Persönlichkeit vom britischen Kriegsamt erfolgt, in der erklärt wird, es bestehe nicht die geringste Absicht, auch nur um Haarsbreite von der seitgehenden Politik der Räumung von Archangelsk abzuweichen. Bis zur Räumung des Hafens würden die britischen Truppen zurückbeordert sein.

Ueber die Lage an der Bolschewistenfront berichtet die Pressestelle beim Generalkommando des 6. A. K. in Mittau: Bei weitem der größte Teil des russischen Nordkorps des Generals Judentich ist im Rahmen von Wleslau eingeschlossen. Das Schicksal des Generals Judentich selbst ist ungewiß. Den Oberbefehl hat jedenfalls an seiner Stelle General Rodzianko übernommen. Der Erfolg von Wleslau macht der Roten Armee im Norden der baltischen Aufstellungslinie. An der baltischen Front der Roten Armee, besonders in den Abschnitten von Narwa, Wleslau und Dinaburg, treffen ununterbrochen Verstärkungen ein. Den Truppen, die nach den Erfolgen der Roten Armee gegen Kollischat frei geworden sind, werden von ihren Führern in Aufrufen und Proklamationen Winterquartiere in Lettland und Litauen verprochen. In einem Aufrufe heißt es: Der Weltkommunismus rüstet sich zu einer gewaltigen Winteroffensive gegen den pseudosozialistischen Imperialismus Westeuropas. Die europäische Kolonnenot sei der beste Verbündete der kommunistischen Armee. Alleorten in den Ländern des europäischen Westens erbebe der Aufruhr sein Haupt. Wollen sie dem Bolschewismus gewonnen und werde ihm bei seiner Offensive als Brücke nach Westen dienen. Der Bolschewismus sei nicht tot, wie seine Feinde frohlockten. Kollischat sei von Werm bis über Omsk hinaus vor der siegreichen Macht des bolschewistischen Gedankens nach dem dunkelsten Sibirien zurückgewichen. Der siegreiche Gedanke des Bolschewismus werde den roten Waffen ebenso in Westeuropa den Sieg bereiten.

Frankreich.

Der Streik der Gemeindeangehörigen im Seine-Departement umfaßt 78 Gemeinden. Der sozialistische Abgeordnete Descazeaux hat in der Kammer eine Interpellation über den Streik eingereicht. Dem „Temps“ zufolge werden in den meisten Gemeinden die notwendigen Dienste durch freiwillige Helfer aufrechterhalten.

England.

Die Lebensmittelfrage. Nach einer indirekten Meldung aus London teilte der Ernährungsminister Robert in einem